



Bericht aus Straßburg – Neues aus dem Europäischen Parlament

Nach der „Aschewolke“: Europäischer Notfall- und Krisenplan für den europäischen Luftverkehr

Nach dem vorübergehenden Abzug der Aschewolke über Europa, die zwischen dem 15. und 21. April 2010 zu weitgehenden Sperrungen des europäischen Luftraums und nach ersten Einschätzungen der Europäischen Flugsicherung Eurocontrol zur Streichung von mehr als 100.000 Flügen in Europa geführt hat, beschäftigen sich die europäischen Institutionen intensiv mit den Folgen der Luftraumsperrungen.

Am 27. April hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpapier vorgelegt, das eine Reihe von Sofortmaßnahmen anregt sowie Vorschläge für eine europaweit einheitliche Kontrolle und Regulierung unterbreitet. Die Kommission beziffert den durch die vorübergehende Einstellung des Luftverkehrs entstandenen Schaden auf 1,5 bis 2,5 Milliarden Euro. Der internationale Verband der Fluggesellschaften IATA geht allein für die Fluggesellschaften weltweit von Einnahmeausfällen von insgesamt knapp 1,7 Milliarden Euro aus. Nach Angaben der Kommission waren von den Flugausfällen allein in Europa über 10 Millionen Flugreisende betroffen.

Mittelfristig strebt die Europäische Kommission unter anderem strukturelle Maßnahmen zur besseren Bewältigung weiterer Krisen im Luftverkehr an. Sie möchte insbesondere eine Expertengruppe unter Beteiligung von Vertretern von Eurocontrol, der Europäischen Flugsicherheitsbehörde EASA, den Mitgliedstaaten, der Industrie und der internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) einsetzen, die eine Methode für die Bewertung von Sicherheitsrisiken erarbeiten soll. Diese wäre dann für alle Mitgliedstaaten verbindlich.

* * *

Bald neue EU-Regeln zum Zahlungsverzug

Für offene Rechnungen zwischen Unternehmen und Auftraggebern gibt es künftig strengere Zahlungsziele. Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments stimmte am 28.04.2010 in erster Lesung einem Entwurf für eine neue EU-Richtlinie zum Zahlungsverzug zu.

Die Zahlungsfrist bei Rechnungen zwischen privaten Unternehmen soll künftig bei 30 Tagen liegen. Sie kann jedoch auch auf 60 Tage oder mehr ausgedehnt werden, wenn beide Vertragspartner dem zustimmen. Für Geschäfte zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen gelten als Regelfall 30 Tage. Wenn in

begründeten Fällen Verwaltungs- und Prüfungsverfahren eine längere Bearbeitungszeit notwendig machen, kann die Frist auch hier auf maximal 60 Tage verlängert werden.

Als Mahngebühr möchten die Abgeordneten ein Fixum von 40 Euro pro Schreiben festlegen. Eine pauschale "Strafgebühr" von fünf Prozent des Auftragswerts lehnt der Binnenmarktausschuss ab. Stattdessen sollen Verzugszinsen von neun Prozent zusätzlich zum Basiszinssatz berechnet werden.

* * *

Richtlinienvorschläge zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Kinderpornographie

Auf Grundlage des Vertrags von Lissabon hat die Europäische Kommission ihre aus dem Jahr 2009 stammenden Rahmenbeschlussskizzen zur Bekämpfung von Kinderpornographie und Menschenhandel überarbeitet und nun als Richtlinienvorschläge vorgelegt.

Der Richtlinienvorschlag auf dem Gebiet des Menschenhandels entspricht weitgehend dem Entwurf von 2009. Der Vorschlag zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und Kinderpornographie reduziert jedoch die Mindeststrafvoraussetzungen. Er sieht außerdem (wie bereits der Rahmenbeschlussskizze von 2009) vor, dass jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat, damit der Zugang von Internet-Nutzern zu Webseiten, die Inhalte von kinderpornographischem Material enthalten oder verbreiten, gesperrt wird. Hierbei soll die Sperrung auf das Nötigste beschränkt und der Nutzer über die Gründe der Sperrung informiert werden.

Unbeschadet der Sperrung sollen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit Webseiten, die Kinderpornographie enthalten oder verbreiten, aus dem Inter-

net entfernt werden. Grundsätzlich sollte hier nach Meinung vieler Experten die Formel "Löschen vor Sperren" gelten. Das bedeutet, dass zunächst mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht werden sollte eine Internetseite zu löschen. Wenn dies nicht möglich ist, beispielsweise weil Server nicht zugänglich sind, da sie außerhalb der EU betrieben werden, kann dann als Ultima Ratio eine Sperrung vorgenommen werden.

Sabine Verheyen organisiert zu diesem Thema am 1. Juli 2010 eine Anhörung der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, bei der u.a. der Niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann und die Präsidentin von Innocence in Danger, Stephanie zu Guttenberg, zu Gast sein werden. Ziel dieser Veranstaltung wird es sein, das Problem der Kinderpornographie im Internet mit Hilfe von Meinungen namhafter Wissenschaftler und im Beisein von Vertretern der Opferverbände, der Europäischen Kommission sowie nationaler Parlamente von allen Seiten zu beleuchten.

* * *

EU wird bis 2020 über 20% ihres Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien decken

Nationale Schätzungen haben ergeben, dass die EU ihr Ziel, bis 2020 20 Prozent ihres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu beziehen, knapp übertreffen wird. Wie die Europäische Kommission in einer Zusammenfassung feststellt, wird die EU bis 2020 voraussichtlich einen Gesamtanteil von 20,3 Prozent an erneuerbaren Energien erreichen. 10 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland und Österreich, werden ihre nationalen Ziele für erneuerbare Energien voraussichtlich übertreffen, und weitere 12 Staaten können ihre Ziele mit Hilfe von inländischen Ressourcen

cen erreichen. Lediglich 5 Mitgliedstaaten werden nach dem derzeitigen Stand ihre Ziele allein mithilfe von inländischen Quellen voraussichtlich nicht verwirklichen können.

Die Pressemitteilung zu diesem Thema finden Sie unter

http://europa.eu/rapid/pressRelease_sAction.do?reference=IP/10/265&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

* * *

Bei den Lohnnebenkosten liegt Deutschland im EU-Vergleich im Mittelfeld

Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2009 einen Arbeitskosten- und Lohnnebenkostenvergleich veröffentlicht. Ermittelt wurde ein europäischer Durchschnitt von 36 € Lohnnebenkosten auf 100 € Bruttolohn. Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Mit 32 € Lohnnebenkosten nimmt Deutschland hierbei einen Mittelplatz ein. In Frankreich betragen die Lohnnebenkosten 50 €, in Österreich 40 € und in England 27 €.

* * *

Der Sonntag soll europaweit als verbindlicher Ruhetag geschützt werden

Parteiübergreifend haben Europaabgeordnete eine Initiative ins Leben gerufen, die den Trend zu immer mehr Sonntagsarbeit stoppen soll. Die Initiatoren wollen eine den Sonntag schützende Bestimmung in der EU-Arbeitsschutzrichtlinie verankern,

deren Überarbeitung derzeit diskutiert wird. Der Erfolg der Initiative wird von dem Nachweis abhängen, dass die Sonntagsarbeit Nachteile für die Gesundheit und für die sozialen Kontakte der Arbeitnehmer mit sich bringt. Der Europäische Gerichtshof hatte nämlich 1996 den Sonntagschutz aus der ersten Arbeitszeit-Verordnung der EU mit der Begründung gestrichen, dass im Zusammenhang mit Sicherheit und Gesundheit keine ausreichenden Gründe vorlägen.

Die Pressemitteilung der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu diesem Thema finden Sie hier:

<http://www.cducusu.eu/content/view/6470/4/>

* * *

Pflicht zur Neuvergabe von Konzessionsverträgen bei wesentlicher Vertragsänderung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 13. April entschieden, dass aufgrund der Transparenzpflicht ein erneutes Vergabeverfahren durchzuführen ist, wenn sich wesentliche Merkmale eines Konzessionsvertrags ändern.

In seiner Urteilsbegründung bestätigt der EuGH seine ständige Rechtsprechung, die die Anwendung der Grundregeln des EG-Vertrages bei Dienstleistungskonzessionsverträgen vorsieht. Die daraus resultierende Transparenzpflicht dient der Sicherstellung eines gewissen Grades an Öffentlichkeit zugunsten potenzieller Bieter. Insbesondere muss nachprüfbar sein, ob ein Vergabeverfahren unparteiisch durchgeführt wurde.

Auf dieser Grundlage kommt der Gerichtshof zu dem Schluss, dass eine Neuvergabe zur Wiederherstellung der Transparenz des Verfahrens und der Gleichbehandlung der Bieter er-

forderlich ist, wenn sich wesentliche Merkmale eines Dienstleistungskonzessionsvertrags ändern. Die Feststellung, ob eine wesentliche Änderung erfolgt ist, obliegt den nationalen Gerichten.

* * *

RAPEX-Jahresbericht 2009 und Marktstudie zu Spielzeug vorgestellt

Die Europäische Kommission hat am 15. April 2010 den RAPEX-Jahresbericht 2009 über das Schnellwarnsystem für Verbraucherprodukte sowie eine EU-Marktstudie über die Sicherheit von Spielzeug vorgestellt.

Die vom EU-Netz der Überwachungsbehörden geleitete Studie hat im Jahr 2009 in 13 Ländern die Sicherheit von Spielzeug überprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass jedes vierte mechanische Spielzeug in Europa nicht sicher ist. Die Überwachungsbehörden untersuchten im vergangenen Jahr 800 Produkte in 13 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland. Von den untersuchten Spielzeugen verstießen 200 der Spielzeuge wegen mechanischer Risiken gegen die einschlägigen Sicherheitsbestimmungen. Bei 17 weiteren wurde ein zu hoher Schwermetallgehalt festgestellt. Alle bedenklichen Produkte wurden dem Schnellwarnsystem der EU (RAPEX) gemeldet. Anschließend wurden die nationalen Behörden alarmiert, die die betroffenen Produkte aus dem Verkehr zogen.

Hier gelangen Sie zum (englischsprachigen) Internetauftritt der EU-Verbraucherzentrale:

http://ec.europa.eu/consumers/safety/news/index_en.htm

* * *

Die EU will die Europäer zu mehr Sport und Bewegung ermuntern

Bei der Vorstellung einer Eurobarometer-Umfrage zum Thema Sport und Bewegung hat die für Sport zuständige Kommissarin Androulla Vassiliou angekündigt, im Laufe des Jahres eine Initiative ins Leben zu rufen, die die Europäer dazu animieren soll, Sport und Bewegung verstärkt in ihren Alltag zu integrieren. Ihr neues Programm „Sport“ soll eine Ergänzung zu nationalen Projekten auf diesem Gebiet darstellen.

Die Eurobarometer-Spezial-Umfrage beruht auf knapp 27.000 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern in den 27 Mitgliedstaaten.

Weitere Einzelheiten finden Sie unter

http://europa.eu/rapid/pressRelease_sAction.do?reference=IP/10/383&format=HT&language=DE&guiLanguage=de

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_334_de.pdf

* * *

Drei Energiesparpreise gehen nach Deutschland

Eine Schule in Hengersberg (Oberbayern), die Stadt Villingen-Schwenningen und der Energiekonzern E-ON gehören zu den Gewinnern der GreenLight und GreenBuilding-Auszeichnungen, die die EU-Kommission geschaffen hat. Die Schule hatte ihren Energieverbrauch um über 80 Prozent gesenkt. Die Gemeinde Villingen-Schwenningen und der Energiekonzern reduzierten ihren Stromverbrauch durch den Einbau von Energiesparlampen um 58 bzw. über 70 Prozent. An den beiden Initiativen beteiligten sich mehr als 700 Teilnehmer aus ganz Europa.

Weitere Informationen (in englischer Sprache) finden Sie hier:

<http://re.jrc.ec.europa.eu/energyefficiency>

* * *

Neuaufgabe von „Europa in der Grundschule“

Die Unterrichtsmaterialien „Entdeckt Europa! – Europa in der Grundschule“ sind ab sofort in der aktualisierten Neuaufgabe verfügbar. Sie sollen Grundschulkindern im Alter von sechs bis zwölf Jahren mit dem Thema „Europa“ und „Europäische Union“ vertraut machen. Die Materialien, die aus 21 Arbeitsblättern und einem 16-seitigen Lehrerheft bestehen, umfassen ein sehr breites Spektrum an Themen und können fachübergreifend in verschiedenen Klassenstufen angewendet werden.

Die aktualisierte Neuaufgabe kann über die Internetseite von „Entdeckt Europa“ kostenfrei bestellt werden:

www.entdeckt-europa.eu

* * *

35 Millionen Euro für Öko-Innovationen

In diesem Jahr stellt die EU-Kommission 35 Millionen Euro für innovative Ökoprojekte zur Verfügung. Interessierte Unternehmen können ab sofort Vorschläge einreichen.

Der Aufruf richtet sich insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen, die ökologische Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen entwickelt haben und einen finanziellen Anschub brauchen, um diese am Markt durchzusetzen.

Nähere Informationen hierzu unter:

http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/application_en.htm

* * *

Es grüßt Sie ganz herzlich

